

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS NRW | NEU: www.agsnrw.de

Ausgabe Nr. 76 | Feb. 2014

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Die SPD und ihre Wirtschaftskompetenz

Sie ist bei der Kommunalwahl 2014 gefragt!

Strom kommt aus der Steckdose, Milch aus dem Kühlregal. Das weiß man! – Aber wie entstehen Arbeitsplätze?

Sie können nicht per Ortsvereinsbeschluss verordnet werden. Aber sie können durch kompetente Wirtschaftsförderung entstehen, bzw. erhalten bleiben. Der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind ein Kernanliegen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik im Bund, im Land und in den Kommunen.

Wie kann dieses Anliegen umgesetzt werden?

Indem man effektive Wirtschaftsförderung betreibt! Denn die Wirtschaft sichert und schafft Arbeitsplätze. Das kann sie dann leisten, wenn die örtlichen Rahmenbedingungen stimmen. Hier trägt die Politik Verantwortung. Und wer in den Kommunen Verantwortung übernehmen und Politik gestalten darf, wird in NRW am 25. Mai 2014 entschieden. Vom Wähler!

Ohne Wirtschaftskompetenz ist „kein Staat zu machen“!

Das sehen auch die meisten Wähler so. Und wählen deshalb die Parteien, denen sie Kompetenz auf diesem Gebiet zuschreiben. Um neue Wähler zu erreichen und unsere Kompetenz im Bereich Wirtschaft deutlich zu machen, werden Wahlprogramme geschrieben. In diesen Programmen kam das Thema Wirtschaft neben dem Thema Arbeit bei uns bisher oft zu kurz. Wie eine Recherche im Internet belegt, findet man nämlich in Kommunalwahlprogrammen kleinerer und mittelgroßer Kommunen allenfalls Beiträge zu „Industrie und Arbeitsplätze“, aber meist wenig

zu KMUs – und noch weniger konkrete Verbesserungsvorschläge. Das ist ein Grund, warum sich die AGSNRW mit der kommunalpolitischen Programmarbeit beschäftigt hat. Die AGS bezieht Stellung zu Anliegen von Klein- und Mittelständischen Unternehmen die, wenn relevant, in jedem SPD-Kommunalwahl-Programm berücksichtigt werden sollten. Wir haben entsprechende Beiträge auf unserer neuen Website zusammengestellt:

➤ AGSNRW-Beiträge zu Kommunalwahlprogrammen

Die Wahl wird in den Kommunen auch danach entschieden, welche Partei das beste Konzept hat, die jeweilige Verwaltungsarbeit zu verbessern. Dazu ein Beitrag unseres Vorstandsmitglieds Ralph Brodel zum **➤ Gemeindemarketing**. Zur Abrundung berichten wir über **➤ Kernforderungen des NRW-Handwerks zur Kommunalwahl 2014**, ein im Januar 2014 beschlossenes Arbeitspapier des NWHT (Nordrhein-westfälischer Handwerkskammertag), für das Hauptgeschäftsführer Josef Zipfel verantwortlich zeichnet. Einen weiteren Beitrag zum Thema leistet AGSNRW-Vorstandsmitglied Susanne Brefort. Sie beschreibt, wie wir uns erfolgreich in den kommenden Kommunalwahlkampf einbringen können: **➤ AGS im Kommunalwahlkampf vor Ort**. Zeigen wir, dass unsere Partei über „Fachleute“ verfügt, die mit ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz einen wichtigen Beitrag zur Kommunalpolitik leisten. Und dass die NRWSPD bei den Themen Wirtschaft und Arbeit auch im kommunalen Bereich kompetent ist. „Dann klappt’s auch mit dem Nachbarn“, dem Wähler.



In diesem Sinne: Glück Auf!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

Inhalt

seite 1

Die SPD und ihre Wirtschaftskompetenz. Sie ist bei der Kommunalwahl 2014 gefragt! ...1

In eigener Sache

AGS:NACHRICHTEN: Letzte Ausgabe in der bekannten Form2

Service

Schwieriger Dialog mit den Mitarbeitern: „Wie sag ich’s meinem Chef?“3
Soziale Absicherung: Die Rente. Immer wieder. Die Geschichte einer Baustelle4

AGS vor Ort

„AGS kommunal“: AGS beteiligt sich an Programmwerkstatt des SPD-Stadtverbands Witten5

Kommunalwahl 2014

„Was können wir tun?“ – Wie eine AGS unterstützen kann.....6

Wirtschaft

Breitbandausbau: Es geht voran! Runder Tisch „Zukunft Breitband – Netzausbau in NRW“ hat seine Arbeit aufgenommen.....7

Handwerk

Dreikönigstreff 2014 des NRW-Handwerks.....8

Aufgelesen

WHKT über Bestrebungen der EU: Qualifizierungswesen des Handwerks bedroht.....9
Qualifizierung des Handwerks für Migranten: „Heute Helfer. Morgen Fachkraft.“10

Service

Impressum10

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.agsnrw.de (neu)
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

IN EIGENER SACHE

AGS:NACHRICHTEN

Letzte Ausgabe in der bisher bekannten Form

Diese Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN trägt die laufende Nummer 76, nach fast sieben Jahren ununterbrochener Berichterstattung erhält der „Informationsdienst der AGS in NRW“ nun ein neues Konzept. Ein Rückblick.

Irgendwann im Frühjahr 2007 entwickelte maßgeblich Gerd Teulings, damaliger AGSNRW-Vorsitzender, zusammen mit seinem Schriftführer, die Idee eines monatlich erscheinenden Newsletters für alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft in NRW (und sonstwo) sowie politisch interessierte Selbständige.



Die erste Ausgabe erschien schließlich im Mai 2007 auf gerade einmal vier Seiten, im Laufe der Jahre sind noch 813 hinzugekommen. Knapp 1.800 Manuskripte, Beiträge und Fotos wurden seitdem gesichtet und bearbeitet, der Datenbestand wuchs auf etwa 2 GB. Aus dem schlichten „newsletter“ wurden die „AGS:NACHRICHTEN“, das „vorwort“ heißt heute „seite 1“, und das eine oder andere Update beim Corporate Design der SPD haben wir auch mitgemacht. Bis auf „purpur“. Und: „selbständig“ schreiben wir bis heute mit einfachem „st“.

Ebenso über die Jahre unverändert geblieben ist unser Anspruch, ausführlich über die Themen zu berichten, die in der täglichen Praxis unserer Mitglieder, der Selbständigen, Freiberufler, Handwerker u. a., von Bedeutung sind

– immer aus der Sicht der Selbständigen. Nicht immer exakt längs der Parteilinie, aber stets bemüht um Objektivität. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

Wie wir zukünftig über relevante Themen berichten werden, haben wir bereits erläutert. Eine „Kurzausgabe“ der AGS:NACHRICHTEN wird auch weiterhin erscheinen, ihre Aufgabe wird dann aber eine andere sein: Monatlich werden wir alle Artikel, die innerhalb der letzten Wochen auf unserer Website agsnrw.de veröffentlicht wurden, nur noch anreißen und mit dem Online-Artikel verlinken.

Mein Dank gilt insbesondere André Brümmer, dem unermüdlichen Textlieferanten, ohne den es diesen Newsletter ohne jeden Zweifel nicht gegeben hätte; weiterhin all’ denen, die über Veranstaltungen und Themen berichtet oder redaktionell mitgearbeitet haben. Nicht zu vergessen: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pressestelle der NRWSPD, die über jede neue Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN in der „Dienstagspost“ berichtet haben – und zwar nicht nur als Fußnote, sondern inkl. Titelseite, vollständigem Inhaltsverzeichnis und Link zum Download. Vielen Dank, wir lesen uns :-)! <



Michael Henke ist Vorsitzender der AGS Dortmund und beratendes Mitglied im NRW-Landesvorstand

SERVICE

Schwieriger Dialog mit den Mitarbeitern

Wie sag ich's meinem Chef?

Und: Ist mein Kunde zufrieden?

Fast jedes Unternehmen kennt das Problem: Der schwierige Dialog mit den Mitarbeitern. Einerseits möchte ich als Unternehmer frühzeitig wissen, wie zufrieden meine Mitarbeiter sind und ob es Probleme gibt, die der Erörterung bedürfen. Andererseits: Mitarbeiter scheuen sich oft, Konflikte offen anzusprechen. Wenn sich Mitarbeiter nicht trauen, den offenen Dialog zu suchen, kann das auch am unzureichenden Konflikt-Management der Firmenleitung liegen.

Nicht jeder ist offen für Kritik. Folge: Mitarbeiter reden nicht mit, sondern über den Chef. Probleme bleiben so lange „unter der Decke“, bis es für eine gute Lösung zu spät ist. Ungelöste Konflikte am Arbeitsplatz gefährden die Gesundheit Aller und den Erfolg des Unternehmens.

Lösungsansätze gibt es einige

Mitarbeiter-Besprechungen sind nur dann erfolgreich, wenn alle Beteiligten zum offenen und konstruktiven Dialog bereit und in der Lage sind. Der Einsatz von Mitarbeiter-Beauftragten ist nur in größeren Firmen umsetzbar. Die Einrichtung eines „Kummerkastens“ ist eine häufig geübte Praxis, aber nicht mehr zeitgerecht.

Eine neuere Form des Mitarbeiter-Feedbacks bieten anonyme Foren. In solchen Internet-Portalen können sich Mitarbeiter an ihren Chef wenden, wenn sie sich ein persönliches Gespräch nicht (zu-)trauen. Wenn man Probleme schriftlich anspricht, hat man mehr Zeit für Formulierungen und steht nicht unter Stress. Anonymität ist daher nicht immer erforderlich. Dieses Angebot eignet sich auch für Kleinbetriebe. Ein Portal, das solche Dienste anbietet, ist z. B. feedback-fuer-den-chef.de.

Einen ganz anderen Anwendungsbereich hat ein Portal für Kundenzufriedenheit. Jeder Unternehmer wüsste gerne, ob seine Kunden mit der von ihm erbrachten Dienstleistung zufrieden sind oder ob es Kritik gibt. Leider merkt er das nur in Fällen von Reklamationen. Kleinere Unzulänglichkeiten, z. B. Auftritt und Erscheinungsbild der Mitarbeiter, kommen nicht zur Sprache. Verbesserungsvorschläge der Kunden gelangen selten zum Chef. Die Einrichtung eines (anonymisierten) Portals zum Kontakt zwischen Kunde und Firma ist eine gute Lösung. Die Existenz und die Nutzung eines solchen Angebots sollte auch bekannt gemacht werden, z. B. auf Rechnungen. Es ist eine moderne Form der üblichen Kundenbefragungen. <

Die folgende Ergänzung erreichte uns kurz nach Redaktionsschluss:

Wenn ein Feedback für den Vorgesetzten nicht möglich ist

In vielen Unternehmen können Mitarbeiter ihrem Vorgesetzten kein Feedback geben. Die Gefahr fehlender Partizipation ergibt sich insbesondere für Mitarbeiter in Unternehmen, in denen es keine 180-360-Grad-Feedback-Systeme gibt. Bei einer Kritik des eigenen Vorgesetzten in einem Vier-Augen-Gespräch befürchten Mitarbeiter – häufig nicht zu unrecht – Nachteile.

Vor diesem Hintergrund bietet das Portal Feedback-für-den-Chef.de Mitarbeitern die Möglichkeit, anonym ein konstruktives Feedback abzugeben. Das Portal Feedback-für-den-Chef.de liefert auf diese Weise einen Beitrag zu einer partizipativen, konstruktiven Kommunikationskultur in Unternehmen. Eine solche Unternehmenskultur ist wirtschaftlich erfolgreicher als Beziehungsmuster, die hierarchisch-autoritär verfasst sind und keine Transparenz zulassen.

Alle 2 Monate wird auf www.feedback-fuer-den-chef.de außerdem das „Feedback des Monats“ veröffentlicht.

Autor: Dr. Timo Müller, Institut für Konfliktmanagement und Führungskommunikation (IKuF), www.ikuf.de

SERVICE

Soziale Absicherung: Die Rente. Immer wieder. Die Geschichte einer Baustelle.

Pünktlich zu Jahresbeginn hat die Bertelsmann-Stiftung eine Studie vorgelegt: „Familien in der gesetzlichen Rentenversicherung: Das Umlageverfahren auf dem Prüfstand.“ Das Fazit fällt vernichtend aus.

Ab 2030, so die Studie, gerät die Rentenversicherung massiv unter Druck, es ist mithin höchste Eisenbahn, dass die Politik handelt. 2030? Da ist die Verfasserin dieses Artikels 63 Jahre alt, also noch nicht einmal im Rentenalter. Es bleibt also wenig Zeit, um für die nächste Generation von Rentnern Vorsorge zu treffen. Es ist ja nicht so, dass die Politik nicht handelt, ein Gesetzentwurf liegt vor. Indes: hier wird viel Aufwand betrieben und erschreckend wenig erreicht.

Im Einzelnen:

- die von der CDU/CSU erquengelte Mütterrente bringt bedürftigen Frauen im Alter wenig, nämlich knapp 30 Euro im Monat, kostet aber 6,7 Mrd. Euro jährlich
- die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren mag manchen Facharbeiter erfreuen, kostet aber 3,1 Mrd. Euro im Jahr und trägt dazu bei, dass das Rentenniveau künftig weiter sinkt. Sagte der Rentenbericht des Arbeitsministeriums im November 2013 noch ein Rentenniveau von 44,4 % in 2030 voraus, werden z. Z. 43,7 % angenommen
- höhere Erwerbsminderungsrenten schlagen auch noch einmal mit 2,1 Mrd. Euro pro Jahr zu Buche

Finanziert wird die Rentenreform übrigens von allen Beitragszahlern. Dadurch werden Rücklagen aufgezehrt und die eigentlich in 2014 vorgesehe-

ne Beitragssenkung entfällt, und alle Beitragszahler, auch die freiwillig gesetzlich Versicherten, bezahlen wacker mit, ohne dass dem eine wirkliche Leistung gegenüberstünde.

Ausgerechnet die Mütterrente, die wenig bringt, aber am meisten kostet, wird als soziale Errungenschaft gepriesen. Dabei handelt es sich bei der Kindererziehung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die bei nüchterner Betrachtung allen Steuerzahlern auf alle Einkommensarten in Rechnung gestellt werden müsste. Eine Grundsicherung im Alter, die wirklich vor Altersarmut schützt und eine sozialdemokratische Kernforderung darstellt, ist derzeit nicht geplant, aber in Aussicht gestellt für 2017, pünktlich zum nächsten Wahlkampf. Wohl, damit die Parteisoldaten dann auch wissen, mit welchen Parolen sie in den Wahlkampf ziehen können.

Union und SPD haben in seltener Einmütigkeit ihre Klientel bedacht: die Mütter, die ohnehin meist gut abgesicherten Facharbeiter – die wirklich Bedürftigen haben hiervon nichts. Dass

Franz Müntefering in einem Interview diese „Reform“-Pläne als teuer und ungerecht brandmarkt, ehrt ihn: „Die Rentenversicherung ist nicht dafür da, Probleme des Arbeitsmarktes oder der sozialen Gesellschaft insgesamt zu finanzieren.“ [↗ Das vollständige Interview findet sich hier.](#)



Das Foto zeigt Franz Müntefering bei einer Veranstaltung der AGS Bottrop

Der große Wurf fehlt einfach noch, Generationengerechtigkeit ist ebenso wenig erreicht wie eine wirkliche Absicherung im Alter, ganz zu schweigen von der Absicherung Selbständiger. Die GroKo hat noch viel Arbeit vor sich. ◀

AGS VOR ORT

„AGS kommunal“

AGS beteiligt sich an Programmwerkstatt des SPD-Stadtverbands Witten

Der Arbeitskreis „Arbeit, Soziales und Wirtschaft“ des SPD-Stadtverbandes Witten veranstaltete zusammen mit AfA und AGS am 23.01.2014 eine Bürgerversammlung mit dem Ziel, gemeinsam mit den Besuchern Beiträge zum Kapitel *Arbeit, Wirtschaft und Soziales* im Kommunalwahlprogramm 2014 der SPD Witten zu erarbeiten.

In der Einladung wurden die Bürgerinnen und Bürger gefragt:

- Sind wir eine Stadt, die sich ausreichend für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen der industriellen Fertigung, in kleinen und mittelständischen Unternehmen einsetzt?
- Sorgen wir u.a. für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, eine nachhaltig wettbewerbsfähige Versorgung mit Energie?
- Unterstützen wir Firmen genug bei den Herausforderungen des demografischen Wandels?
- Was tun wir dafür, dass Menschen in Würde und Freiheit länger arbeiten können und nicht zunehmend durch Stressbelastung, verdichtete Arbeitsprozesse und Leistungsdruck erkranken?
- Setzen wir uns ausreichend ein, gegen eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft durch Ausweitung von Niedriglöhnen, Hinzuverdiensten und ergänzenden Sozialtransfers?
- Was tun wir für die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes?
- Ermöglichen wir im Rahmen der Inklusion allen Menschen die Möglichkeit der Teilhabe?
- Welche Chancen bieten wir Jugendlichen, Alleinerziehenden, Langzeitarbeitslosen und Einwohnern mit Migrationshintergrund um den Einstieg/

Wiedereinstieg ins Berufsleben zu schaffen?

Der SPD Stadtverband Witten führte zur Beantwortung dieser Fragen einen Dialog darüber, was von 2014 bis 2020 getan werden muss, um allen Menschen eine gerechte Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen und langfristig Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu sichern.

Unter der Moderation von **Christel Humme** diskutierten am 23.01. im IG Metall Haus in Witten als Experten **Ina Hecht** (ver.di Gewerkschaftssekretärin für die Fachbereiche Bildung, Wissenschaft & Forschung, Bund und Länder sowie Gemeinden), **Manfred Müller** (ehemaliger Geschäftsführer der IG Metall Witten), **Hartmut Claes** (Geschäftsführer Caritasverband Witten) und Dipl.-Ing. **André Brümmer** (Vorsitzender der AGSNRW, Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der NRWSPD).

In Eingangsstatements trugen die Podiumsteilnehmer vor, welche Schwerpunkte sie bei einem Kommunalwahlprogramm berücksichtigt wissen wollen. Frau Hecht wies auf die problema-

tischen kommunalen Finanzen hin, Herr Claes sieht Handlungsbedarf bei der Bezahlung von Pflegeberufen. Der AGSNRW-Vorsitzende Brümmer sieht die Kommunen als örtlichen Auftraggeber für die Wirtschaft in der Pflicht. Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Vergaberechts soll der Stärkung der heimischen Wirtschaft dienen. Durch engen Kontakt von Gewerkschaften und Kommunalen Wirtschaftsförderung könnte ein Frühwarnsystem entstehen, das Hilfe bei Problemen örtlicher Unternehmen anbietet.



Brümmer kritisierte die außerordentlich hohe Gewerbesteuerbelastung der Wittener Unternehmen als zu einseitige Finanzierung des Kommunalhaushalts.

Eine rege Debatte, an der sich viele Besucher der Veranstaltung beteiligten, gab dem SPD-Stadtverband Witten wertvolle Hinweise für seine weitere Programmarbeit.

KOMMUNALWAHL 2014

Was können wir tun?

Wie eine AGS unterstützen kann

Die nächste Kommunalwahl steht vor der Tür: in NRW werden am 25. Mai 2014 die städtischen Regierungen, also die Stadträte, sowie die Bezirksvertretungen neu gewählt, außerdem die Bürgermeister und (vielfach) die Oberbürgermeister.

Auch die Arbeitsgemeinschaften können hier unterstützen. Wir haben im Folgenden eine kleine Liste erstellt, auf welche Weise eine ansässige AGS ihren Kandidaten Unterstützung bieten kann.

SICH ZEIGEN. Wo immer möglich, sollte eine AGS im Wahlkampf Präsenz zeigen: am Samstagvormittag zur besten Marktzeit in der Innenstadt, bei einer besonderen Veranstaltung für Unternehmer am Ort, am Infostand des Unterbezirks oder eines Ortsvereins.

Viele wissen gar nicht, dass es eine AGS gibt. Viele wissen vor allem nicht, wie viele Unternehmer in der SPD organisiert sind, nämlich bundesweit (geschätzt) rund 30.000, allein in NRW ca. 6.000 aus verschiedenen Bereichen: Handel, Handwerk, Solo-Selbständige, Künstler etc.

Informative Flyer zur Arbeit der AGS in Nordrhein-Westfalen können über den Landesvorstand bezogen werden.

SOZIALE MEDIEN NUTZEN. Viele von uns sind in sozialen Netzwerken aktiv, diese gilt es aktiv zu nutzen!

Tut euch zusammen und setzt z. B. bei Facebook eine Seite für eure Kandidaten rein. Wenn es schon Seiten gibt, könnt ihr diese liken und teilen, so dass andere sehen können, wen ihr unterstützt. Richtet einen Twitter-Account ein und beschreibt dort, was ihr macht, wo ihr zu treffen seid. Macht eure Aktivitäten bekannt, er-

zählt Freunden davon, setzt einen Link auf eure Internetseite.

EINE BÜRGERSPRECHSTUNDE FÜR UNTERNEHMER ORGANISIEREN. Sucht euch ein Thema, das die Unternehmer bei euch vor Ort angeht und nutzt dies für einen Termin mit euren Kandidaten, bei dem sie sich vorstellen können.

Themen ergeben sich immer vor Ort – fragt die Unternehmer, was sie interessiert.

EIN UNTERNEHMEN BESUCHEN. Idealerweise gemeinsam mit dem örtlichen Kandidaten und besonders schön, wenn es ein Mitglied der lokalen AGS ist, das hier sein Unternehmen präsentiert.

Vielleicht gibt es hier etwas besonders spannendes für die Region? Vielleicht kann man eine Unternehmersprechstunde dazu organisieren?

SPENDEN SAMMELN. Profan, aber wichtig: ein Wahlkampf kostet eine Menge Geld und die Unterbezirke sind manchmal am Rand ihrer Möglichkeiten – vor allem, wenn im Vorjahr erst Wahlen stattgefunden haben.

Macht eine Veranstaltung und ladet lokale Unternehmer dazu ein – lasst sie aber nicht im Unklaren, worum es geht!

ANZEIGEN SCHALTEN. Auch eine schöne Möglichkeit, die kurz vor den Wahlen noch einmal Aufmerksamkeit bringt,

sind Anzeigen im Lokalblatt. „Ich wähle..., weil...“

Ein persönliches Statement ist immer sehr überzeugend!

PROMI-UPGRADING. Ein bekanntes Gesicht zieht Menschen – das ist nicht neu.

Gerade in Wahlkreisen, in denen es die Kandidaten schwer haben, kann ein prominenter Parteigenosse sehr helfen und für mediale Aufmerksamkeit sorgen. Wenn das Parteibüro vor Ort nicht so recht helfen kann: sprecht uns an, vielleicht haben wir einen Kontakt, der euch weiterhilft oder das Landesparteibüro in Düsseldorf gibt Unterstützung.

UND BEI ALLEM: Gute Pressearbeit machen. Gutes tun und darüber reden – vor allem letzteres wird oft vergessen.

Schreibt ein paar Tage vor der geplanten Veranstaltung eine Mail an die Presse und ladet zu der Veranstaltung ein. Verlasst euch nicht darauf, dass jemand kommt: schreibt selbst einen Artikel, auch wenn er nur kurz ist. Schickt diesen per Mail an alle Presseorgane vor Ort, auch an die Redaktionen der Gratiszeitungen, diese haben sich z.T. vor Ort ausgezeichnet etabliert und werden viel gelesen.

Macht auch ein brauchbares Foto und schickt dieses mit! Wenn ihr eine Webseite oder einen Facebook-Auftritt habt, bringt Ankündigung und Bericht auch hier.

Ankündigen könnt ihr eure Veranstaltungen natürlich auch gerne über die Internetseite der AGS NRW: schickt uns eine kurze Mail Was-Wer-Wann-Wo und wir sehen zu, dass ihr mehr mediale Aufmerksamkeit bekommt. <

Das Foto zeigt Mitglieder der AGS Bottrop bei der Aktionswoche der SPD Bottrop zur 150-Jahr-Feier der Partei. Alle Bottroper Arbeitsgemeinschaften hatten einen gemeinsamen Stand, Eyecatcher war eine riesige rote Hüpfburg, von der AGS Bottrop organisiert.



WIRTSCHAFT

Breitbandausbau: Es geht voran!

Runder Tisch „Zukunft Breitband – Netzausbau in NRW“ hat seine Arbeit aufgenommen

Wie das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk (MWEIMH) mitteilt, haben rund 40 Teilnehmer aus Wirtschaft und Verwaltung in NRW gemeinsam mit Wirtschaftsminister Garrelt Duin beraten, wie das Thema Breitbandausbau in NRW vorangetrieben werden kann.

„Wir müssen uns in Zukunft auf den Transport gewaltiger Datenmengen einstellen. Der Breitbandausbau ist von großer Bedeutung für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes“, erklärte Minister Duin zu Beginn des Treffens.

Nordrhein-Westfalen strebt den flächendeckenden Zugang zu hochleistungsfähigen Breitbandnetzen (mindestens 50 Mbits/s) für alle Haushalte bis 2018 an. Aktuell gibt es eine nahezu flächendeckende Grundversorgung (2 MBit/s) mit Breitbandanschlüssen, damit steht NRW unter den Flächenländern mit an der Spitze der Versorgung.

Konkrete Vorschläge sollen schnellstmöglich auf dem Tisch liegen, das geht alle Bürger in NRW an: „Wir müssen den Breitbandausbau vorantreiben, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern“, so Minister Garrelt Duin, dem dieses Projekt besonders am Herzen liegt.

Insbesondere im ländlichen Raum gibt es z.T. noch große Lücken in der Versorgung, Ziel sei es aber, alle Institutionen, Bürger und natürlich Unternehmen an Hochleistungsnetze anzuschließen. <

➤ [Weitere Informationen auf nrw.de](http://www.nrw.de)



André Brümmer, Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Susanne Brefort (v.l.) bei einer Veranstaltung zur Wirtschaftsförderung in der SPD-Regio Aachen

HANDWERK

Neujahrsempfang des NRW-Handwerks: Dreikönigstreff 2014 in Düsseldorf

Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag (NWHT), lädt alljährlich zum Dreikönigstreff nach Düsseldorf ein. Der Neujahrsempfang des NRW-Handwerks fand am 16.01.2014 in den Räumen der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank (WGZ) statt.

Schon am Nachmittag begann die Veranstaltung mit dem Dreikönigsforum. Die Begrüßung nahm NWHT-Präsident Professor Wolfgang Schulhoff vor. Er warf den rot/grünen und schwarz/gelben Regierungen Versagen bei der Energiewende vor.

Die EEG-Umlage ist für ihn „Planwirtschaft übelster Art“. Die nötige Sanierung von Gebäuden sieht Prof. Schulhoff am Besten gefördert durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten. Er vermisst eine „große Lösung“ des Problems. Die Energiewende war anschließend auch das Thema der eingeladenen Podiumsgäste: „Wie kann die Energiewende noch gelingen?“

Moderiert von Holger Steltzner, Herausgeber der FAZ, diskutierten **Hildegard Müller** (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft), **Professor Dr. Justus Haucap** (Düsseldorf Institut for Competition Economics an der Heinrich-Heine-Universität), **Reiner Priggen** (Fraktionsvorsitzender der Grünen im NRW-Landtag) und **Lothar Hellmann** (Landesinnungsmeister der Elektrotechnischen Handwerke in NRW).

Frau Müller sieht die Energiewende als ein Gemeinschaftsprojekt für unser Land. Für das Gelingen dieses Projektes brauche man gesellschaftlich

und politisch einen langen Atem. Konflikte mit Bürgern müssen gelöst, Versorgungssicherheit müsse garantiert werden. In 2013 sei deutlich geworden, dass der bestehende Konsens bei der Energiewende brüchig sei. Reiner Priggen forderte, die Energiewende nicht schlecht zu reden. Er warf der vorigen Regierung die vollzogene „Wende von der Wende von der Wende“ und Untätigkeit vor. Das EEG müsse

Im weiteren Verlauf der Diskussion bezeichnete Professor Haucap die Aussage „Die Energiewende kostet nichts, schafft Arbeitsplätze und dient der Umwelt“ als Unsinn.

Reiner Priggen kritisierte, dass für die Industrie die Stromkosten auf dem Niveau von 2005 lägen, die Verbraucher aber durch die Zahlung der EEG-Umlage immer höher belastet würden.



novelliert, eine „Über-Förderung“ reguliert werden. Auf die Frage von Holger Steltzner, warum nicht mehr investiert würde, wies Professor Haucap auf die für Investoren notwendige Profitabilität ihrer Investitionen hin.

Lothar Hellmann sieht in jedem Haus und Haushalt Einsparpotentiale, deren Nutzung bei entsprechender Beratung zu Kostenersparnis führt. Für ihn ist die Energiewende ein Zukunftsmarkt für das Handwerk.

Nach einer Aussprache mit den Saalgästen sprach Andreas Ehlert, Vizepräsident des NWHT, das Schlusswort. Konsens der Gesprächsrunde sei: Das EEG-Gesetz muss überarbeitet werden. Es werde ein verlässlicher ordnungspolitischer Rahmen gebraucht. Dann könne die Energiewende gelingen. Das Handwerk sieht Ehlert als aktiven Akteur und Ausrüster der Energiewende.

Nach einem Empfang begann der zweite Teil der Veranstaltung – das „Dreikönigsessen“. Zunächst sangen die Stern-Singer zu Ehren der Gäste,

dann segneten die Heiligen Drei Könige „Haus und Hof, um Unheil fern zu halten“. Es folgte ein Vortrag von Herbert Reul MdEP, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Reul referierte zum Thema „**Haben wir die Europäische Union überfordert? Perspektiven der europäischen Idee**“. Herbert Reul sieht die Europäische Union als große Chance für einen erfolgreichen internationalen Wettbewerb. Das Regelwerk für den Euro müsse aber reformiert werden. Reul: „Es ist gut, dass es künftig automati-

sche Sanktionen für Schuldensünder gibt.“ Und weiter: „Wir müssen alles tun, damit nicht der Steuerzahler für die Banken-Rettung aufkommen muss.“ Gefahr sieht Reul in zu viel Regulierung durch die EU-Kommission.

Neben anderen zahlreichen Gästen aus ganz NRW erlebte auch NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin eine interessante Veranstaltung. Als Vertretung der AGSNRW war traditionsgemäß ihr Vorsitzender André Brümmer zu Gast, auch, um für die AGS:NACHRICHTEN zu berichten. <

AUFGELESEN

WHKT über Bestrebungen der EU

Qualifizierungswesen des Handwerks bedroht

Der Westdeutsche Handwerkskammertag (WHKT) äußert sich in seinem letzten „WHKT-Report“ besorgt über Bestrebungen der EU, das deutsche Qualifizierungssystem anzugreifen. Unter dem Titel „Europa – kein Ende in Sicht“ wird dazu ausgeführt:

Der Druck auf die Meisterpflicht wächst weiter. Die Lage ist prekär. Das zeigten die Einlassungen von Frau Karin Rögge, Geschäftsführung der ZDH-Vertretung in Brüssel, anlässlich einer Sitzung des WHKT-Arbeitskreises Europa. Bekannt ist, dass die an Deutschland gerichteten länderspezifischen Empfehlungen seit mehreren Jahren eine Überprüfung des deutschen Handwerksrechts fordern. Sie kritisieren, dass in Berufen der Anlage A der Handwerksordnung weiterhin ein Meisterbrief oder eine

gleichwertige Qualifizierung erforderlich ist, um einen Betrieb zu führen. Forderungen, solche Qualifikationserfordernisse aufzuheben, betreffen vor allem das Baugewerbe.

Prekär ist die Lage, weil das europäische Semester in eine kritische Phase eintritt. Die kommenden Wochen werden zum handwerkspolitischen Lackmestest der neuen Regierung. Sie wird gegenüber der Europäischen Kommission Rechenschaft ablegen über die Umsetzung der letztjährigen Empfehlungen. Ein Fortschrittsbericht, das so genannte Nationale Reformprogramm, welches Grundlage neuerlicher länderspezifischer Empfehlungen im kommenden Mai sein wird, ist im April 2014 fällig.

Auch an anderer Stelle herrscht Bewegung. Als Folge einer im Herbst gestarteten Initiative der Europäi-

schen Kommission, werden die Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen Übersichten über sämtliche qualifikationsbezogene Berufszugangsvoraussetzungen erstellen. Jede einzelne dieser vermeintlichen Beschränkungen soll mit Europäischer Kommission, anderen Mitgliedstaaten und Berufsverbänden diskutiert und bewertet werden, mit dem Ziel, in den kommenden zwei Jahren möglichst viele so genannte Berufszugangsbeschränkungen abzubauen. Und das ist nicht alles. Weitere Baustellen sind absehbar.

Zu den neueren Entwicklungen berichtete Frau Rögge, dass sich die OECD in einem für das Frühjahr 2014 angekündigten Wirtschaftsbericht ebenfalls zum Thema Berufszugangsbeschränkungen äußern werde, möglicherweise darüber hinaus auch

AUFGELESEN

zur Wirtschaftsselbstverwaltung. Dass OECD und IWF den Abbau von qualifikationsbezogenen Berufszugangsvoraussetzungen befürworten, ist nicht neu. Erst im November hatte sich die OECD in einer Wirtschaftsprognose für Deutschland für Reformen des Berufsrechts der freien Berufe ausgesprochen. Ein neuerlicher OECD-Bericht, zumal wenn mit konkreten Bezügen zum Handwerk, würde den politischen Druck möglicherweise verschärfen.

Und schließlich sind die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA zu erwähnen. Im März 2014 wollen die

amerikanischen und europäischen Delegationen beginnen, die Verhandlungsergebnisse der ersten drei Verhandlungsrunden zu verschriftlichen. Eines der vorrangigen Themen ist die Öffnung der Dienstleistungsmärkte. Und diese Formulierung kennen wir von der Diskussion um die Meisterpflicht in der EU. Auch das verheißt also nichts Gutes. (Quelle: *WHKT-REPORT 01/2014*)

Wir sollten unsere Europa- und Bundestagsabgeordneten auf dieses Thema ansprechen und uns für das in Deutschland erfolgreich praktizierte System einsetzen. <

bedingungen und Kontaktdaten unter www.handwerk-nrw.de > Beratung > Migration.

Das Ziel besteht darin, arbeitslose und beschäftigte Migrantinnen und Migranten, die 25 Jahre und älter sind und als an- bzw. ungelernert gelten, so zu qualifizieren, dass sie ihre Talente und Kompetenzen besser für sich am Arbeitsmarkt nutzen und nachweisen können. Zudem können auf diese Weise zusätzliche Fachkräftepotentiale erschlossen und in die Betriebe vermittelt werden.

Die Kernaufgaben im Modellprojekt Qualifizierung im Förderprogramm IQ besteht darin, Beschäftigungsverhältnisse in den genannten Regionen zu akquirieren und diese durch Migrantinnen und Migranten so zu besetzen, dass die Kombination aus Beratung, individueller Qualifizierung, Finanzierung (zum Beispiel über den Qualifizierungsgutschein IQ) und konkretem Beschäftigungsverhältnis, den Zugang zur beruflichen Weiterbildung erleichtern. Das Beschäftigungsverhältnis wird somit zum Motiv für die Qualifizierung zur Fachkraft – Motto: „Heute Helfer. Morgen Fachkraft“.

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Bundesagentur für Arbeit finanziert. (Quelle: *WHKT-REPORT 01/2014*) <

Qualifizierung des Handwerks für Migranten Heute Helfer. Morgen Fachkraft.

Unter diesem Motto steht eine Aktion des Handwerks zur Qualifizierung von Migranten. Im WHKT-Report 1/2014 wird dazu wie folgt informiert:

Qualifizierung und Vermittlung von An- und Ungelernten im Handwerk – Qualifizierungsgutschein IQ

Mit dem Qualifizierungsgutschein IQ erhalten in dem Modellprojekt „Qualifizierung“, welches der WHKT gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Duisburg und den Handwerkskammern Dortmund und OWL zu

Bielefeld in den jeweiligen Regionen durchführt, Migrantinnen und Migranten die zusätzliche Chance, an unmittelbar arbeitsmarktrelevanten Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen.

Der Gutschein wird bei Bedarf und nach einer individuellen Beratung durch die jeweiligen Partner immer dann eingesetzt, wenn keinerlei andere Fördermöglichkeiten bestehen und weitere Voraussetzungen erfüllt sind. Weitere Informationen zu dem Modellprojekt im Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ sowie zu den Rahmen-



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**
Die AGS in NRW.

Bis demnächst auf agsnrw.de!

André Brümmer
Vorsitzender der AGSNRW